

Tino Bargel (Hg.)

Studium und Studierende im vereinten Deutschland

Beiträge zum 2. Fachgespräch am 26. April 1994 im
Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft in Bonn

Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung (11)

Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Sozialwissenschaftliche Fakultät,
Universität Konstanz, Mai 1994

Projekt: Entwicklung der Studiensituation und studentischer Orientierungen,
gefördert mit Mitteln des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

Die Beiträge dieses Heftes sind für das Fachgespräch "Studium und Studierende im vereinten
Deutschland" am 26. April 1994 in Bonn verfaßt worden.

Inhalt

| | Seite |
|---|-------|
| Vorwort..... | 1 |
| H. Peisert/ T. Bargel: Studium und Studierende im vereinten Deutschland: Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern | 3 |
| T. Bargel: Student und Politik im vereinten Deutschland | 11 |
| M. Ramm: Fachhochschulen in den neuen Bundesländern: die Gründungsphase aus studentischer Sicht..... | 19 |
| T. Bargel: Das Studium der Humanmedizin: Versuch eines Lehrberichtes..... | 27 |
| E. R. Wiehn/ T. Bargel: Studienqualität und Hochschulentwicklung: Forderungen und Wünsche der Studierenden..... | 35 |
| | |
| Anhang: | |
| - Programm des Fachgesprächs | 43 |
| - Teilnehmer/innen des Fachgesprächs | 44 |

Vorwort

Die Arbeitsgruppe Hochschulforschung hat im Rahmen des Projekts "Studiensituation und studentische Orientierungen" im Wintersemester 1992/93 bereits die 5. Erhebung bei Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen durchgeführt. In einer Zeit, die oft als schnelllebig charakterisiert wird, kann das nunmehr zwölfjährige Bestehen der Arbeitsgruppe Hochschulforschung als Ausweis für Beständigkeit und als Beleg für die Tragfähigkeit des Forschungskonzeptes wie der Qualität der Analysen und Berichte genommen werden.

Ein gewichtiger Teil unserer Arbeit besteht darin, nicht allein den Auftraggeber und Förderer, das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, mit Tabellaten, Berichten und Sonderauswertungen zu versorgen, sondern auch die beteiligten Hochschulen und die Studierenden über Befunde und Folgerungen zu unterrichten. So erhalten die beteiligten Hochschulen selbstverständlich alle Berichte zu ihrer Information zugesandt. Darüberhinaus stellen wir den Hochschulen neben den allgemeinen Grundaussäzählungen für die Studierenden in Deutschland (getrennt nach Universitäten und Fachhochschulen), zudem Tabellate mit einer Spezialauszählung für die jeweilige Hochschule (insgesamt 22 Hochschulen) zur Verfügung. Die Studierenden erhalten, wenn sie es wünschen, einen zusammenfassenden Bericht über wichtige Befunde als Rückmeldung.

Neben dieser schriftlichen Information haben wir stets das Gespräch mit den Hochschulen, mit Vertreter/innen von Institutionen und Verbänden sowie Fachexperten und -expertinnen gesucht. Im eher kleinen Rahmen hatten wir dazu in Konstanz drei Workshops in den 80er Jahren abgehalten, die für die Interpretation der Daten und ihre Einordnung aus Sicht der Hochschulen durchweg anregend und fruchtbar waren.

Nach der vierten Erhebung hatten wir erstmals ein Fachgespräch im Bundesministerium durchgeführt, und zwar im November 1992. Beteiligt waren daran neben den Hochschulen andere Institutionen und Verbände mit hochschulpolitischer Bedeutung (auch studentische), sowie Experten und Expertinnen der Hochschulforschung. Dieses erste Fachgespräch fand eine rege Teilnahme und ergab eine engagierte Diskussion. Über die Beiträge haben wir das Heft "Studiensituation - Effizienz und Qualität" veröffentlicht (Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung Nr. 5, Universität Konstanz, November 1992). Dem Anstoß, das Fachgespräch möglichst

bald fortzusetzen - angesichts des damals noch bevorstehenden 'Bildungsgipfels' geäußert - konnte kurzfristig leider nicht entsprochen werden.

Mit der 5. Erhebung im WS 1992/93 waren erstmals Hochschulen und Studierende aus den neuen Bundesländern einbezogen. Neben die acht Universitäten und sechs Fachhochschulen aus den alten Bundesländern, die an allen Erhebungen mitgewirkt haben, traten fünf Universitäten und drei (neugegründete) Fachhochschulen der neuen Bundesländer hinzu. Es lag nahe, in der Auswertung einen Schwerpunkt auf den Vergleich der Studiensituation und der studentischen Orientierungen zwischen den neuen und alten Bundesländern zu legen. Deshalb stellten wir das 2. Fachgespräch unter das Thema "Studium und Studierende im vereinten Deutschland" (vgl. Programm im Anhang).

Wie schon nach dem ersten Fachgespräch stellen wir unsere Beiträge dazu in einem eigenen Heft zusammen, um sie den Teilnehmer/innen oder anderen Interessierten zugänglich zu machen. Sie stellen jeweils die geraffte Bilanz von vier ausführlichen Berichten dar, die in der Reihe Bildung-Wissenschaft-aktuell bereits erschienen sind oder demnächst erscheinen:

- "Studienqualität und Hochschulentwicklung" (11/93)
- "Das Studium der Medizin" (20/93)
- "Studierende und Politik im vereinten Deutschland" (X/94)
- "Die Fachhochschulen in den neuen Bundesländern" (Y/94)

In den einzelnen Beiträgen haben wir nicht nur wichtige Befunde präsentiert, sondern auch einige Folgerungen zur Diskussion gestellt, sei es zum verstärkten studentischen Austausch, zur politischen Bildungsarbeit an den Hochschulen oder zur Reform des Medizinstudiums. Wir hoffen, daß sie Überlegungen und Initiativen zur Entwicklung der Hochschulen und des Studiums anzuregen vermögen.

H. Peisert/ T. Bargel

Einführung: Studium und Studierende im vereinten Deutschland - Vergleich zwischen den alten und neuen Bundesländern

In den 80er Jahren haben wir Studierende an Universitäten und Fachhochschulen viermal mit einem ausführlichen Instrumentarium befragt, und zwar in den Wintersemestern 1982/83, 1984/85, 1986/87 und schließlich 1989/90. Trotz mancher Schwierigkeiten und immer wieder auftretender Überraschungen meinten wir, bei diesen Erhebungen doch so etwas wie Routine gewonnen zu haben, zumal die beteiligten westdeutschen Universitäten und Fachhochschulen in der Durchführung der Empirie uns immer ausgezeichnet unterstützten.

Mit der deutschen Einheit im Oktober 1990 war es mit dieser Routine zu Ende. Auch für uns hieß es, das Untersuchungskonzept, die Auswahl der Hochschulen und die Themen und Fragen zu überdenken. Selbstverständlich mußte die deutsche Vereinigung selbst im Fragebogen thematisiert und die unterschiedliche Ausgangssituation der west- und ostdeutschen Studierenden bei den Fragen berücksichtigt werden.

Zu den bislang 14 westdeutschen Universitäten und Fachhochschulen kamen fünf Universitäten und drei Fachhochschulen aus den neuen Bundesländern hinzu. Mit den neuen Hochschulen mußten Kontakte und Verfahren besprochen werden, wobei es uns in gewissem Maße zugute kam, daß kurz vorher die 13. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durch die Hochschul-Informationssystem GmbH in Hannover durchgeführt worden war - und daher die entsprechenden Stellen zum Teil bereits wußten, was auf sie zukommt. Sowohl die Kooperation mit den alten wie neuen Hochschulen war wieder dankenswert effizient. Aber auch die Studierenden in den neuen Bundesländern beteiligten sich im gleichen Rahmen wie die Studierenden in den alten Bundesländern - eine wichtige Voraussetzung für die Vergleiche und ein Beleg dafür, daß sie mit dem Frageinstrumentarium ähnlich gut zurecht gekommen sind. Alles in allem haben wir mit 45,8 Prozent eine Beteiligungsquote erreicht, die sogar leicht besser als die der früheren Erhebungen ist.

Über Zweck, Anlage und Instrumentarium unseres "Studentensurveys" will ich mich nicht erneut auslassen, zumal diese bekannt oder nachzulesen sind. Einige Worte vorab aber zur Berichterstattung und den Publikationen des Projektes, ehe ich Befunde über Studium und Studierende im vereinten Deutschland vorstelle.

- (1) Da sind zuvorderst die verschiedenen Berichte, die das Ministerium publiziert. Als erstes haben wir diesmal den Vergleich zum Thema "**Studienqualität und Hochschulentwicklung**" im letzten Juli vorgelegt. Dieser Bericht wurde als Dank an die beteiligten und daran interessierten Studierenden versendet.

Einen Schwerpunkt bildete die ausführliche Analyse über das **Studium der Medizin** aus der Sicht der Studierenden dieses Faches, zu dem eine Kurzfassung analog erstellt wurde. Die Kurzfassung liegt bereits vor, die Langfassung sollte demnächst zugänglich sein.

Außerdem haben wir einen aktuellen Bericht über "**Student und Politik im vereinten Deutschland**" mit einer Vielzahl aufschlußreicher Befunde erstellt; schließlich den Bericht über **die neugegründeten Fachhochschulen** in den neuen Bundesländern. Beide Berichte werden demnächst in der Reihe Bildung-Wissenschaft-aktuell publiziert.

- (2) Neben den Berichten erstellen wir jeweils ein anspruchsvolles Tabellenprogramm: zum einen allgemeine **Grundauszählungen**, zum anderen spezielle Tabellen für die einzelnen Hochschulen, die diesen jeweils zugesendet werden (und zu manchen Nachfragen führen, die wir, soweit es die Kapazität erlaubt, immer gerne erfüllen). Ein besonderes Werk ist der **Datenalmanach** mit den Daten aller fünf Befragungen nach Hochschulart, Geschlecht und Fächergruppen, ein durchaus dickleibiges Konvolut, das aber erfreulicherweise einige Resonanz gefunden hat - und genutzt wird.
- (3) Besonders erfreulich ist für uns - und wohl auch für den Auftraggeber -, daß unsere Daten mehr und mehr im Rahmen von speziellen Evaluationsstudien einzelner Studiengänge genutzt werden. Vier Beispiele will ich hervorheben, um die Spannweite anzudeuten: Germanisten in Konstanz, die in einer Sekundäranalyse unserer Daten für das Fach die Unterschiede in den Studienmotiven zwischen Lehramtskandidaten und Magister-Studierenden herausarbeiteten; Musikwissenschaftler in Hamburg, die unsere Daten im Rahmen ihrer Evaluationsstudie nutzten, um die Hamburger "Muwis" mit denen an anderen Hochschulorten zu vergleichen; Studierende des Sozialwesens der Fachhochschule Wiesbaden, eine bei HIS veröffentlichte Studie, in der vielfach auf Informationen unseres Datenalmanachs im Fächervergleich zurückgegriffen wurde; schließlich hat INFAS in einem Projekt für die Bundesanstalt für Arbeit über die beruflichen Orientierungen von Studierenden einige unserer Fragen übernommen und die entsprechenden Vergleichsdaten herangezogen.

Soziales Profil der Studierenden

Den Vergleich zwischen Studium und Studierenden in den alten und neuen Bundesländern will ich mit einigen Anmerkungen zum sozialen Profil der Studierenden eröffnen.

Die Studierenden an den Hochschulen der neuen Bundesländer sind deutlich jünger als die Studierenden in den alten Bundesländer. Der Anteil unter 21 Jahren beläuft sich auf ein Drittel (an Fachhochschulen wie Universitäten); es gibt kaum Studierende, die bereits über 30 Jahre alt sind - an den westdeutschen Hochschulen immerhin jeweils 11 Prozent.

Der **Anteil Frauen** an den Studierenden ist an den Universitäten im Osten etwas höher (44 zu 41%); an den Fachhochschulen deutlich höher (39 zu 29%).

Die Studierenden im Osten weisen weit bessere **Abiturnoten** auf, mit einem sehr hohen Anteil von Studierenden, die besser als 2,0 im Durchschnitt erreichten: an den ostdeutschen Universitäten 66 Prozent, an den dortigen Fachhochschulen immer noch 40 Prozent. Im Westen liegen die Anteile viel niedriger (Universitäten 29 Prozent, Fachhochschulen 13 Prozent). In beiden Teilgebieten haben aber die Studierenden an Universitäten einen jeweils besseren schulischen Leistungsstand als die Studierenden an den Fachhochschulen.

Die Studierenden der neuen Bundesländer stellen nicht nur schulisch eine schärfer selektierte Gruppe dar, sondern auch hinsichtlich ihrer **sozialen Herkunft** (wie dies Bathke bereits für die DDR herausgearbeitet hat). Die Eltern, sowohl Vater wie Mutter, haben selbst zu deutlich höheren Anteilen als im Westen bereits das Abitur bzw. die Hochschulreife erworben. Weiterhin ist die soziale Offenheit der Hochschulen in den neuen Bundesländern geringer.

Studiendauer: große Unterschiede

Die Frage der **Studiendauer** ist nach wie vor ein heißes Eisen. Welche Schritte und Maßnahmen sinnvoll und angemessen erscheinen, darauf werden wir im Abschlußreferat zurückkommen (vgl. S. 35f.). Eingangs ist zu konstatieren, daß hinsichtlich der Orientierungen und Planungen zur Studiendauer zwischen ost- und westdeutschen Studierenden große Unterschiede bestehen.

Bei der geplanten Studiendauer, die wir erfragen, scheint der in den 80er Jahren herrschende Trend einer immer weiteren Ausdehnung des Studiums zumindest an den Universitäten gebrochen. Die "Rekordmarke" von 12,0 Fachsemestern vorgesehener Studienzeit im Mittel ist auf 11,8 Fachsemester leicht gefallen. Dagegen hält der Trend bei den Fachhochschulen unverändert an: die Studierenden sehen mittlerweile 9,0 Fachsemester bis zum Studienabschluß vor.

So ist es im Westen. Daß es auch ganz anders ausschauen kann, zeigen die ostdeutschen Studierenden. An den dortigen Universitäten sehen die Studierenden mit geplanten 9,4 Fachsemestern an Universitäten und 7,8 Fachsemestern an den Fachhochschulen ein viel kürzeres Studium vor, das zudem weitgehend im Rahmen der angestrebten Richtwerte liegt.

Aufschlußreich ist die Entwicklung der geplanten Studiendauer im Laufe des Studiums: Am Studienanfang sind sich die westdeutschen Universitätsstudierenden noch recht einig, wie lange ihr Studium dauern sollte: etwa fünf Jahre. Erst im Laufe des Studiums dehnen sich die Zeithorizonte immer weiter aus, und zwar - bezeichnenderweise - in den Fächern sehr unterschiedlich. In Medizin, den Wirtschaftswissenschaften und den Ingenieurwissenschaften bleibt die "Dehnung" des Studiums vergleichsweise gering, in manchen Fächern der Geisteswissenschaften und Sozialwissenschaften wie Germanistik und Geschichte, Psychologie und Soziologie ist die "Dehnung" zum Teil außerordentlich und führt in der Tat zu manch problematischen "Langzeitstudenten", problematisch dann auch für die Studierenden selbst.

Hilfen und Maßnahmen zur Studienzeitverkürzung sind nach wie vor angebracht, insbesondere an den westdeutschen Hochschulen. Dem kommt entgegen, daß an den Universitäten mehr und mehr Studierende sich ein zügiges Studium vornehmen: ihr Anteil hat sich an den westdeutschen Universitäten in den letzten zehn Jahren von 24 auf 34 Prozent erhöht (an den Fachhochschulen liegt er bei 41 Prozent). In den neuen Bundesländern sind es viel mehr: nämlich gut 60 Prozent an den Universitäten wie an den Fachhochschulen, die das Studium zügig absolvieren wollen.

Studienorientierungen und Studiensituation

Nicht nur in der Frage der Studiendauer, auch in anderen Aspekten und Facetten zeigen die Studierenden in Ost und West unterschiedliche **Studienorientierungen und -strategien**.

Die Fach- und Studienwahl der ostdeutschen Studierenden ist weit instrumenteller und berufsorientierter ausgelegt. Kriterien des späteren Einkommens, der Karriere und der Arbeitsplatzsicherheit sind ihnen wichtiger. Westdeutsche Studierende sind stärker selbst- und bildungsorientiert, rücken die Berufsperspektive und die Arbeitsmarktchancen in den Hintergrund bzw. verdrängen sie häufiger. In diesem Kontext erscheint bedeutsam, daß die westdeutschen Studierenden den Hochschulabsolventen in geringerem Maße materielle Gratifikationen und einen besonderen Status zugestehen.

Die ostdeutschen Studierenden partizipieren stärker an dem Geschehen ihrer Fächer und den Entwicklungen ihrer Hochschule - sie sehen sich dazu auch häufiger durch ihre Hochschullehrer/innen aufgefordert und die neue, offenere Situation im "Umbruch" erleichtert dies. Die westdeutschen Studierenden haben sich weiter aus Hochschulgremien und Hochschulpolitik zurückgezogen. Noch am ehesten bilden die Fachschaften so etwas wie einen Kristallisationskern für hochschulinterne Aktivitäten der Studierenden. Da diese Passivität weniger Ausdruck von Zufriedenheit mit den Verhältnissen ist, vielmehr Desinteresse und Resignation bedeutet, ist sie nicht unproblematisch, insofern diese Gleichgültigkeit einen Gutteil Verantwortungslosigkeit beinhaltet.

Eine besondere Differenz zwischen der Studiensituation in Ost und West besteht darin, daß die Studierenden in den neuen Bundesländern weit seltener den Eindruck haben, in der "Anonymität der Masse" an den Hochschulen unterzugehen. Offenbar ist das nicht nur den geringeren Studentenzahlen zuzuschreiben, sondern ebenfalls dem Umstand, daß die Hochschullehrer und -lehrerinnen ihnen mehr Aufmerksamkeit schenken, sich mit ihnen auseinandersetzen, ihre Anregungen und Beiträge häufiger aufnehmen und sie besser betreuen und unterstützen.

Für die westdeutschen Studierenden liegen die Belastungen vor allem im "internen Bereich" von Studium und Hochschule: die große Zahl der Studierenden, die Anonymität und die oftmals fehlende Orientierung und Betreuung. Für die ostdeutschen Studierenden liegen die größten Probleme in der studentischen Lebenssituation: in den Sorgen um die Finanzierung und in den schlechten Arbeitsmarktchancen.

Studiengänge und Studienqualität

Die **Standards der Studiengänge**, deren Leistungsansprüche und Gliederungsqualität sind an den west- und ostdeutschen Hochschulen, gemäß den Erfahrungen und Urteilen

der befragten Studierenden, ganz ähnlich. Entscheidend - hier wie dort - sind die Fachunterschiede, die eine große Spannweite erkennen lassen.

Die Studierenden evaluieren die fachlich-inhaltliche, die strukturelle, die didaktische und die tutoriale Qualität des Studiums in den einzelnen Fächern ganz unterschiedlich. An den westdeutschen Universitäten wird die Studienqualität in der Medizin und in Jura von deren Studierenden alles in allem immer noch am ungünstigsten beurteilt. Deshalb haben wir uns ganz ausführlich auf der Grundlage unseres Instrumentariums mit dem Fach Humanmedizin aus der Sicht der Studierenden befaßt - darüber wird genauer zu berichten sein.

Unterschiede zwischen ostdeutschen und westdeutschen Hochschulen bestehen weniger im wissenschaftlichen Standard als vielmehr im sozialen Klima. Die Beziehungen zu den Hochschullehrer/innen werden von den Studierenden in den neuen Bundesländern viel häufiger als gut bezeichnet, auch deren Beratung und Betreuung wird weit positiver eingeschätzt. In den Kontakten zwischen Hochschullehrern und Studierenden sowie in der Verantwortung der Hochschullehrer/innen für die Studierenden besteht ein besonderes Manko an den westdeutschen Universitäten, das sich nachteilig für die Studienqualität und Studieneffizienz auswirkt.

Allerdings ist dabei die Überfüllung an den westdeutschen Hochschulen zu berücksichtigen, für alle eine schwerwiegende Belastung. Hier sind die daraus folgenden Beeinträchtigungen im Studium sehr verbreitet. Insbesondere die Beeinträchtigungen in den Lehrveranstaltungen erweisen sich als gravierend.

Kontakte, Information und Austausch

Für Wissenschaft und Studium sind Offenheit, Mobilität und **Austausch** essentiell. Betrachtet man unter dieser Prämisse die Kommunikation und den Austausch zwischen ost- und westdeutschen Studierenden, so ist ein bedenkliches Defizit zu konstatieren.

Der Austausch zwischen den alten und neuen Bundesländern bleibt in Zahl, Intensität und Interesse noch auf einem sehr niedrigen Niveau und ist durch Ungleichgewichte zwischen den west- und ostdeutschen Studierenden gekennzeichnet. Nur sehr wenige Studierende haben bislang einen Wechsel vorgenommen, nur wenige planen ihn. Der Informationsstand, insbesondere der westdeutschen Studierenden, über die Studienmög-

lichkeiten an den Hochschulen und die Lebensbedingungen der Studierenden im anderen Teil Deutschlands ist überwiegend unzureichend, geschweige denn gut.

Ein größerer Teil der westdeutschen Studierenden ist an solchen Informationen auch gar nicht interessiert. Eine Mehrheit von ihnen wünscht keine weiteren Kontakte zu den Studierenden aus den neuen Bundesländern. Bei nicht wenigen westdeutschen Studierenden bestehen offenbar Vorbehalte und Distanzen, sich auf die Vereinigung Deutschlands im Sinne von Kontakten und Austausch mit dem anderen Teil Deutschlands (und seinen Menschen) einzulassen.

Für die ostdeutschen Studierenden ist demgegenüber das Gebiet der alten Bundesländer sowohl für einen Hochschulwechsel als auch für die spätere Berufstätigkeit häufiger von Interesse. Sie verfügen zudem über einen besseren Informationsstand und geben sich hinsichtlich vermehrter Kontakte überwiegend aufgeschlossen.

Es böte sich an, gerade für die westdeutschen Studierenden, geeignete Wege und Formen der Kontakte und des Austausches einzurichten und anzubieten. Welche Ansätze dazu da sind und wie sie zu befördern wären, durch den Bund, die Länder, die Hochschulen und Fachbereiche, wäre ein wichtiges Diskussionsthema. Solcher Austausch ist auch angebracht, wenn wir die Differenzen und Distanzen im politischen Bewußtsein der Studierenden in Ost- und Westdeutschland betrachten, die manche Züge einer "alten" oder "neuen" Spaltung aufweisen.

T. Bargel

Student und Politik im vereinten Deutschland

Wir alle haben den Eindruck und unsere Untersuchung bestätigt ihn: das politische Interesse der Studierenden befindet sich auf einem niedrigen Stand. Die "politische Energie" ist gegenwärtig eher schwach. Vor diesem Hintergrund will ich auf zwei Fragen eingehen. Erstens: Wie steht es um die demokratischen Einstellungen und politischen Positionen der Studierenden in Ost und West - konvergieren sie oder liegen sie auseinander? Zweitens: Wie beurteilen sie die deutsche Vereinigung und wie stehen sie zur europäischen Integration?

Demokratische Einstellungen

Die beiden fundamentalen Prinzipien der freiheitlichen Demokratie, einerseits die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, andererseits die Ablehnung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, beide Prinzipien finden unter den Studierenden in Ost und West nahezu allgemeine Akzeptanz. Ein wichtiger Grundkonsens bei allen anderweitigen Differenzen.

Denn andere Prinzipien der Demokratie werden von den Studierenden nicht so umfassend akzeptiert und die Unterschiede zwischen den Studierenden in Ost- und Westdeutschland sind erheblich (Differenzen von 11 bis 13 Prozentpunkten). Mit den pluralen und kritischen, auch kontroversen Elementen, wie sie für westliche Demokratien typisch sind, damit haben recht viele Studierende in den neuen Bundesländern ihre Schwierigkeiten. Die ostdeutschen Studierenden sind gegenüber der demokratischen Wirklichkeit zudem ganz überwiegend skeptisch eingestellt. Dies kann dahingehend verstanden werden, daß sie sich in unserer demokratischen Wirklichkeit weniger vertreten und zuhause empfinden.

Kritik und Ablehnung gegenüber der Praxis von Politik und Parteien, dem politischen Alltagsgeschäft, ist unter den Studierenden weit verbreitet. Der Parlamentarismus als demokratische Interessenvertretung erscheint vielen nicht ausreichend, und sie glauben nicht, die etablierten Politiker kümmern sich um die wichtigen Probleme. Große Teile der Studierenden stellen deshalb die etablierten Parteien in Frage.

Die kritische und überwiegend ablehnende Haltung der Studierenden gegenüber der parlamentarischen Volksvertretung wie den etablierten Parteien kann weder im Sinne einer "Ablehnung der Demokratie" oder einfach als "Politikverdrossenheit" gedeutet werden. Es ist überwiegend eine selbst politisch begründete und motivierte Ablehnung von Zielrichtungen und Verfahren der Politik sowie der zu gering erscheinenden Möglichkeiten zur Mitwirkung.

Jedoch darf nicht übersehen werden, daß bei einem Teil der Studierenden aufgrund des fehlenden Vertrauens und der Unzufriedenheiten sich die Chancen der Resonanz und Akzeptanz extremer politischer Richtungen und tendenziell antidemokratischer Positionen erhöhen.

Politische Positionen

Die Akzeptanz oder Ablehnung verschiedener politischer Richtungen weist bemerkenswerte Unterschiede zwischen den west- und ostdeutschen Studierenden auf. Da in den neuen Bundesländern die traditionellen politischen Richtungen der Bundesrepublik Deutschland wie christlich-konservativ, liberal und sozial-demokratisch weniger Unterstützung erfahren, ergibt sich eine stärker durch die Extreme besetzte politische Meinungslandschaft an den Hochschulen im Osten, und zwar auf der rechten wie auf der linken Seite. Es handelt sich zwar um Minderheiten, ihre Größenordnung ist aber durchaus relevant.

Besonders auffällig sind die Unterschiede bei den beiden extremeren Grundrichtungen: Kommunistisch-marxistische Positionen werden in den neuen Bundesländern noch von einem Viertel unterstützt (Unis), von einem Fünftel an den Fachhochschulen (im Westen weniger als zehn Prozent). National-konservative Positionen finden bei 5 Prozent an den ostdeutschen Universitäten, gar bei neun Prozent an den dortigen Fachhochschulen Akzeptanz bzw. Unterstützung; weitere 13 Prozent haben eine neutrale Einstellung. Demnach ergibt sich ein vergleichsweise hohes Potential an Akzeptanz und Resonanz von 22 Prozent (im Westen liegt es unverändert über die Jahre bei 6 bis 8 Prozent, also viel niedriger). Während kommunistisch-marxistische Positionen eher an den ostdeutschen Universitäten Anklang und Anhänger finden, werden national-konservative Positionen häufiger an den ostdeutschen Fachhochschulen akzeptiert und vertreten.

Aufschlußreich für das Verständnis der politischen Richtungen ist der jeweilige Zusammenhang mit den politischen Zielen. Im einzelnen kann das hier nicht ausgebreitet wer-

den; hinzuweisen ist aber auf die spezifischen Präferenzen von Vertretern national-konservativer Positionen einerseits, Anhängern kommunistisch-marxistischer Positionen andererseits. Spezifisch für erstere ist die besondere Hervorhebung der Abwehr kultureller Überfremdung und die Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern. In starker Weise abgelehnt wird zudem die Unterstützung der Entwicklungsländer, begleitet von einem überwiegend negativen Affekt gegenüber der Europäischen Integration. Anhänger der kommunistisch-marxistischen Richtung unterstützen überwiegend die Abschaffung des Privateigentums an Industrieunternehmen und Banken als einzige Gruppierung; verbunden mit einer stärkeren Forderung nach voller Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb. Die Sicherung der Marktwirtschaft und des privaten Unternehmertums findet dagegen eine spezifische Ablehnung.

In der westdeutschen Studentenschaft hat in den 80er Jahren das Ausmaß der Gegensätzlichkeit und die Tiefe mancher Kluft zwischen den verschiedenen "politischen Lagern" nachgelassen. Zurückzuführen ist dies auf das Erlahmen links-alternativer Handlungspotentiale (vor allem unter den Sozialwissenschaftlern), auf das Abkrücken von "sozialistischen Zielpräferenzen" und auf den Rückgang an "alternativen Wertüberzeugungen". Insofern nimmt die westdeutsche Studentenschaft nunmehr insgesamt eine überwiegend realistisch-pragmatische, eher moderate und weniger kritisch-alternative politische Grundhaltung ein.

Im Gegenzug zu dieser Entwicklung in der westdeutschen Studentenschaft ist nach der Vereinigung eine stärkere Dissonanz in den politischen Positionen zu den ostdeutschen Studierenden eingetreten (und innerhalb der ostdeutschen Studierenden selbst). Sie ist gekennzeichnet durch eine häufigere Vertretung extremer Flügel auf der rechten wie auf der linken Seite, sei es national-konservativer oder sozialistisch-kommunistischer Provenienz.

Die größere politische Heterogenität der Studierenden in den neuen Bundesländern im Zusammenhang mit einer stärkeren Präsenz extremer politischer Richtungen zeigt sich konkret auch in den politischen Zielvorstellungen. Sie ist einerseits wohl dadurch begründet, daß nicht wenige Studierende aus der ehemaligen DDR mit der westlichen politischen Parteienlandschaft, ihren Traditionen und ihren Programmen, noch weniger vertraut sind. Andererseits dürfte es auch daran liegen, daß sie mit dem westlichen Modell einer offenen, konkurrierenden und kontroversen Demokratie in Teilen noch gewisse Schwierigkeiten haben. Diese Schwierigkeiten resultieren nicht zuletzt daraus, daß ihnen die dazugehörigen Grundwerte (wie Freiheit, Gleichheit, Mitbestimmung) und die

wohlfahrtsstaatlichen Versprechungen (wie Stabilität, soziale Sicherheit, materieller Wohlstand) in ihrem Teilgebiet Deutschlands oftmals noch viel zu wenig eingelöst sind.

In den bemerkenswert hohen Anteilen tendenzieller Anti-Demokraten und labiler Demokraten unter den ostdeutschen Studierenden spiegelt sich die häufigere Anhängerschaft extremer Positionen und politischer Ziele. Beides zusammen kann eine durchaus brisante Mixtur im politischen Potential eines relevanten Teils der Studentenschaft in den neuen Bundesländern darstellen.

Deutsche Vereinigung

In den Jahren seit der Vereinigung hat sich offenbar die Haltung der Studierenden zur deutschen Einheit verändert. Jedenfalls konnte noch 1990 wohl zutreffend diagnostiziert werden: "die junge Intelligenz im Abseits der Vereinigung" (wie dies Brämer und Heublein mit ihren verdienstvollen Erhebungen Student 90 und Student 92 diagnostizierten). Mittlerweile haben die Studierenden durchweg die Vereinigung akzeptiert und bejahen sie ganz überwiegend - auch emotional.

Die Freude ist allerdings getrübt durch das nach Ansicht der Studierenden "Mißmanagement" im Prozeß der deutschen Einheit. Jedenfalls sind jeweils 80 Prozent der Studierenden in Ost und West überzeugt, die deutsche Vereinigung sei weder richtig organisiert noch gut vollzogen worden.

Freude und Mißmut sind in Ost und West unter den Studierenden ähnlich eindeutig verteilt. Ein großer Dissens tritt jedoch darüber zutage, ob in der DDR manches entstanden ist, das im geeinten Deutschland hätte erhalten bleiben sollen. Nahezu alle Studierenden in den neuen Bundesländern meinen dies, zwei Drittel sogar ganz entschieden. Unter den Studierenden der alten Bundesländer teilt nur eine Minderheit diese Meinung, für die meisten war die DDR als Ganzes abzuschreiben. Diese große Differenz bildet gleichsam den Keim der meisten gegenseitigen Mißverständnisse und Unverständnisse.

Fragt man genauer nach, worin im Vergleich zur ehemaligen DDR die Fortschritte und Rückschritte in den neuen Bundesländern liegen, dann wird nachvollziehbar, wodurch sich die Freude über diesen Prozeß begründet, wo die kritischen Punkte liegen und was den Studierenden der ehemaligen DDR aus ihrer Gesellschaft bewahrenswert erscheint.

Ganz oben in der Liste der positiven Veränderungen steht das **Mehr an persönlicher Gestaltungs- und Bewegungsfreiheit**. Fast alle Studierenden in den neuen Bundesländern halten das für einen großen Fortschritt. Sie bejahen die gewonnene Freiheit in besonderem Maße, darin sehen sie den größten Fortschritt, der manche der Schwierigkeiten aufwiegt. Die Möglichkeiten der **demokratischen Beteiligung** werden ebenfalls von den allermeisten als ein positiver Fortschritt verzeichnet: Drei Viertel haben ein deutliches Mehr an Möglichkeiten der demokratischen Partizipation in den neuen Bundesländern nach der Vereinigung erfahren.

An dritter Stelle der Entwicklung zum Besseren steht die **Rechtsstaatlichkeit**, allerdings mit gewissen Einschränkungen. Über die Hälfte der ostdeutschen Studierenden bejaht zwar den Gewinn an Rechtsstaatlichkeit als Fortschritt (61%), aber über ein Viertel sieht darin keinen Fortschritt gegenüber den früheren Verhältnissen in der DDR, jeder neunte sogar einen Rückschritt. Dieser beachtliche Anteil ist wohl auf manche Unsicherheiten mit dem neuen Rechtssystem zurückzuführen; Gründe dafür sind jedoch ebenfalls in manchen Prozeduren der "Abwicklung" an den Hochschulen oder den rechtlichen Problemen der Eigentumsverhältnisse zu sehen, die offenbar manchen keineswegs als Ausweis besonderer Rechtsstaatlichkeit erscheinen.

Trotz aller ökonomischen Probleme des Aufbaus in den neuen Bundesländern wertet dennoch eine deutliche Mehrheit unter den dortigen Studierenden die **funktionierende Wirtschaft** als Fortschritt. Aus westlicher Sicht stellt sich die Situation der Wirtschaft im Osten negativer dar. Für ein Drittel der westdeutschen Studierenden hat die Wirtschaft in den neuen Bundesländern gegenüber den Zeiten der DDR Rückschritte hinzunehmen; im Westen konstatiert nur knapp die Hälfte der befragten Studierenden, daß im Osten die Wirtschaft nun besser funktioniere.

Bei zwei bezeichnenden gesellschaftlichen Sachverhalten sprechen fast alle Studierenden in den neuen Bundesländern nach der Vereinigung eher von Rückschritten. Das betrifft zum einen die **soziale Sicherheit**, zum anderen die **Solidarität unter den Menschen**. Nahezu alle Studierenden in den neuen Bundesländern erleben im Grad sozialer Sicherheit und in der Stärke zwischenmenschlicher Solidarität Verluste.

In der Sicht ihrer Studierenden handelt es sich bei den alten und neuen Bundesländern um Teilgebiete mit ganz verschiedenen Lebensbedingungen, nicht nur was die Wohlfahrtsziele angeht, sondern auch, wohl schwerwiegender, was die Grundwerte betrifft.

Die Differenzen in den gegenseitigen Bildern sind beachtenswert, zeugen sie doch von unzureichenden Informationen und von manch gegenseitigen Fehleinschätzungen.

Von einiger politischer Relevanz ist die Bilanz, inwieweit die deutsche Vereinigung für das persönliche Leben mehr Vorteile oder mehr Nachteile gebracht hat. Trotz vieler Probleme und Belastungen, auch häufiger finanzieller Sorgen im Studium, fällt die Bilanz der ostdeutschen Studierenden sehr eindeutig aus: Für drei Viertel der Studierenden überwiegen die Vorteile; für über die Hälfte sogar ganz eindeutig. Nur ein geringer Anteil von 14 Prozent an Universitäten und 11 Prozent an Fachhochschulen zieht eine negative Bilanz, daß die Nachteile überwiegen.

Verständlicherweise erkennt in den alten Bundesländern fast die Hälfte der Studierenden keine speziellen Folgen für ihr Leben, weder positive noch negative. Sie sind weit seltener unmittelbar betroffen. Wenn sie Konsequenzen registrieren, dann waren diese sogar häufiger als für die Studierenden im Osten eher nachteiliger Natur (sie denken wohl hauptsächlich an die Kosten des Aufbaus Ost, die sie direkt oder indirekt als Schmälerung der eigenen Möglichkeiten erfahren).

Europäische Integration

Das Ziel der politischen und wirtschaftlichen Integration Europas findet unter den Studierenden überwiegend Unterstützung - wenngleich bei den ostdeutschen Studierenden in geringerem Maße. Von einer besonderen Resonanz der europäischen Idee, von Interesse daran oder Engagement dafür ist aber kaum etwas zu verspüren. Mit der europäischen Integration sind nicht nur Hoffnungen und Versprechungen, sondern auch Befürchtungen und Sorgen verbunden. Unter den Studierenden überwiegen sogar in manchen Bereichen die Befürchtungen - eine problematische Ausgangslage.

Nur wenige erwarten von Europa einen Gewinn an demokratischer Beteiligung, viel mehr - weit über die Hälfte - befürchten stattdessen eine Zunahme, ja ein Überhandnehmen der zentralen Bürokratie - eine Eurokratie. Auch an das Versprechen von mehr Wohlstand glaubt nur eine Minderheit; die Mehrheit - vor allem im Osten - sieht eher erhöhte Risiken der wirtschaftlichen Stabilität. Ganz besonders befürchten die Studierenden im Osten zunehmende Arbeitslosigkeit. Während westdeutsche Studierende den Verlust an nationaler Identität und kultureller Überfremdung nur selten gegen "Europa" ins Feld führen, ist diese Sorge im Osten bei einem Drittel der Studierenden verbreitet.

Obwohl insbesondere unter westdeutschen Studierenden die europäische Einigung überwiegend als politisches Ziel geteilt wird, hat das europäische Haus für die meisten noch keine attraktiven Konturen oder Baupläne. Darin liegt ein gewisses Dilemma: Ideell sind sie durchaus für Europa eingestellt und an dessen Verwirklichung interessiert, aber die "Realität" der Idee Europa sehen sie eher mit Skepsis und Distanz.

Viele Studierende in den neuen Bundesländern können mit der "Idee Europa" noch nicht viel anfangen, sie ist ihnen zu neu und fern. Sie beginnen erst allmählich, sich auf den Verbund der europäischen Staaten einzustellen, der ihnen früher ganz fremd war. Mit der Balance von "nationaler Identität" und "internationaler Integration", wie es die Bildung des europäischen Hauses verlangt, tun sich viele ostdeutschen Studierende zudem offensichtlich schwerer.

Mit einem besseren Informationsstand ist nicht nur ein höheres Interesse an Fragen der europäischen Vereinigung verbunden, sondern auch die politische und wirtschaftliche Integration wird deutlich stärker unterstützt. Insgesamt ist ein gegenseitiges Wechselverhältnis zwischen Interesse, Informiertheit, Erwartungen und Unterstützung zu beobachten. Insofern ist es vielversprechend, die Studierenden besser zu informieren und ihr Interesse für Europa zu wecken, weil beides Befürchtungen reduziert und Unterstützung wie Engagement erhöht.

Die Befunde der Erhebung im Wintersemester 1992/93 zum Thema "Student und Politik im vereinten Deutschland" geben Anlaß zu manchen Überlegungen; drei seien hervorgehoben:

- (1) Wie können bedenkliche Signale extremer politischer Haltungen und anti-demokratischer Tendenzen aufgegriffen, und wie kann ihnen durch politische Bildungsarbeit an den Schulen und Hochschulen entgegengewirkt werden?
- (2) Wie kann die europäische Einheit als politische Idee und die Integration der Länder bei den Studierenden stärkere Unterstützung finden; wie ließen sie sich für den Bau des europäischen Hauses mehr engagieren?
- (3) Wie können die Dissonanzen in den politischen Überzeugungen und gegenseitigen "Bildern" der west- und ostdeutschen Studierenden überwunden werden, wie ist ein Austausch der Erfahrungen und der Ideen zu bewerkstelligen?

Diese Fragen richten sich nicht nur an die Hochschulpolitik des Bundes und der Länder; sie sind gleichermaßen von den Hochschulen, zumal von den Studierenden und ihren Verbänden aufzunehmen und zu beantworten.

M. Ramm

Fachhochschulen in den neuen Bundesländern Die Gründungsphase aus Studentischer Sicht

Nach der deutschen Vereinigung wurde mit der Gründung von Fachhochschulen ein Hochschultypus in den neuen Bundesländern eingeführt, der im Hochschulsystem der DDR nicht vertreten war. Außerhalb des Hochschulbereichs existierten in der DDR 200 Ingenieur-, Wirtschafts- und andere Fachschulen. 1969 wurden zehn Ingenieurschulen in den Hochschulstatus erhoben, um eine engere Verbindung von theoretischem Wissen und den für die Produktionspraxis erforderlichen Kenntnissen herzustellen. Diese neuen Hochschulen verloren im Laufe der Zeit zunehmend ihr eigenständiges Profil und ähnelten immer stärker den Technischen Hochschulen; die meisten wurden dann auch zu Technischen Hochschulen umbenannt (vgl. Wissenschaftsrat 1991).

Der Wissenschaftsrat hat in seinen "Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern" im Jahre 1991 auf die Notwendigkeit und Bedeutung von Fachhochschulen in den neuen Ländern hingewiesen und die entsprechenden Rahmenbedingungen für die Neugründungen genannt (Wissenschaftsrat 1991). Dabei hat der Wissenschaftsrat vor allem den Leistungsumfang und die Ausbildungsqualität der neuen Fachhochschulen hervorgehoben. Für Neugründungen wurden ferner Mindestgrößen von in der Regel drei Studiengängen und 1.000 flächenbezogenen Studienplätzen empfohlen.

Seitdem sind 21 Neugründungen von allgemeinen staatlichen Fachhochschulen in den fünf neuen Bundesländern entstanden, die zum Teil bereits im WS 1991/92 ihren Studienbetrieb aufgenommen haben. An 26 Hochschulstandorten wird mittlerweile gelehrt und geforscht. Sicherlich tun sich einige Fachhochschulen noch schwer, die Vorgaben zu erfüllen und ihren Platz in der neugestalteten Hochschullandschaft zu finden. Doch die ansteigenden Studentenzahlen an den meisten neuen Fachhochschulen sind ein Beleg für die zunehmende Akzeptanz.

Im Wintersemester 1992/93 wurden von uns erstmals auch die Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen in den neuen Bundesländern befragt. Für die neugegründeten Fachhochschulen ist damit eine erste Bestandsaufnahme aus studentischer Sicht möglich. Aus dem Kreis der Neugründungen, sind die drei Fachhochschulen in Erfurt, Magdeburg und Stralsund für diese Erhebung ausgewählt worden.

Die Auswahl lief unter den damaligen Voraussetzungen nahezu zwangsläufig auf diese drei Hochschulen hinaus, denn es sollte sich um Hochschulen in staatlicher Trägerschaft handeln, an denen neben den ingenieurwissenschaftlichen Fächern möglichst auch Studiengänge im Bereich der Wirtschaftswissenschaften und des Sozialwesens angeboten werden sollten. Und schließlich sollten die Hochschulen im Gründungssemester 1991/92 eine möglichst große Studentenzahl aufweisen, um auch Aufbereitungen und Analysen über Fächergruppen und Einzelfächer zu ermöglichen.

Sicherlich kann gerade in der Gründungsphase nicht ohne weiteres von den Verhältnissen an diesen drei Hochschulen auf die Lage aller Fachhochschulen in den neuen Bundesländern geschlossen werden. Dennoch erscheint es uns sinnvoll, ihre Startphase festzuhalten, um eine erste Zwischenbilanz aus studentischer Sicht zu erhalten. Um es vorwegzunehmen: Die drei Fachhochschulen in Erfurt, Magdeburg und Stralsund, die an unserer Erhebung teilgenommen haben, bekommen insgesamt gesehen von den Studierenden gute "Noten", wenngleich naheliegenderweise noch Defizite und Probleme vorhanden sind.

Studienmotive und Bildungsweg der Studierenden

Die gegenwärtig an den ostdeutschen Fachhochschulen Studierenden, charakterisiert eine ausgesprochen starke Berufsorientierung in ihren Studienmotiven. Sie sind neben der fachlichen Kompetenz besonders an den beruflichen Möglichkeiten, die mit ihrem Studium in Verbindung stehen, interessiert. Von relativ großer Bedeutung ist ihnen der zu erwartende materielle Hintergrund, vor allem ein möglichst sicherer Arbeitsplatz.

Die meisten der ostdeutschen Studierenden (63%), weit mehr als im Westen (41%), sind besonders an einem zügigen Studium interessiert. Hier scheinen sich die ostdeutschen Studierenden weiterhin an Mustern zu orientieren, die zu DDR-Zeiten durch festgeregelte Studienzeiten vorgegeben wurden (vgl. Heublein/Kazemzadeh 1991, die dies für Universitätsstudierende feststellten).

Insgesamt ein Viertel absolviert ein Ergänzungsstudium und sechs Prozent ein Zweitstudium, um nach einer vorherigen anderen Ausbildung nun an der Fachhochschule das FH-Diplom zu erwerben. Allerdings bestehen größere Unterschiede nach den Studienfächern: in den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen sind fast alle Studierenden (90%) im Erststudium, bei den Bauingenieuren dagegen nur die Hälfte (50%).

Entsprechend häufig verfügen die Studierenden an den neugegründeten Fachhochschulen über eine berufliche Ausbildung oder waren bereits erwerbstätig. Die meisten ostdeutschen Studierenden (65%) an den Fachhochschulen haben bereits vor dem Erwerb der Hochschulreife berufliche Erfahrungen gesammelt. Begünstigt wurde diese Konstellation sicherlich durch die berufsqualifizierenden Schulabschlüsse, bei denen der Erwerb der Hochschulreife und das Erlangen eines Berufsabschlusses parallel liefen (dreijährige Berufsausbildung mit Abitur). Mit 62 Prozent liegt der Anteil der beruflich bereits Qualifizierten weit höher als an den Universitäten in den neuen Bundesländern (30%) oder den entsprechenden westdeutschen Fachhochschulen (43%).

Zur sozialen Lage

Vielen ostdeutschen Studierenden an den Fachhochschulen bereitet ihre derzeitige Finanzsituation, aber auch die finanzielle Lage, die sie nach dem Studium erwarten, erhebliche Sorgen. Das zu DDR-Zeiten finanziell abgesicherte Studium mit einer anschließenden festen Arbeitsplatzgarantie mag zu diesen neuen Unsicherheiten beitragen.

An einer kritischen Grenze bewegt sich für viele Studierende das monatliche Einkommen. Die Studierenden an den Fachhochschulen in den neuen Bundesländern verfügen nach unserer Erhebung durchschnittlich über 662 DM monatlich, während ihre westdeutschen Kommilitonen 965 DM monatlich zur Verfügung haben. Die meisten ostdeutschen Studierenden finanzieren ihr Studium hauptsächlich über BAföG-Mittel, die vielen nicht ausreichen. Fast 80 Prozent der ostdeutschen FH-Studierenden finanzieren ihr Studium mit BAföG, davon 60 Prozent überwiegend. Die durchschnittlichen BAföG-Bezüge liegen bei 495 DM monatlich. So gilt eine Hauptforderung der ostdeutschen FH-Studierenden zur Verbesserung ihrer Studiensituation der Erhöhung der BAföG-Sätze. Knapp drei Viertel der ostdeutschen FH-Studierenden halten hier Erhöhungen für unumgänglich.

Die Wohnverhältnisse bedeuten für ein Viertel der ostdeutschen Studierenden eine Belastung in ihrer Studiensituation, weil der Wohnungsmarkt gegenwärtig noch zu wenig Möglichkeiten bietet, die für Studierende finanziell akzeptabel sind. So bleibt die schon zu DDR-Zeiten dominierende, aber weniger beliebte Wohnsituation, das Wohnen in Studentenwohnheimen, zur Zeit weiter bestehen. Fast die Hälfte der FH-Studierenden wohnt derzeit in Wohnheimen. Zu DDR-Zeiten wohnten allerdings drei Viertel der Studentenschaft in Wohnheimen.

Insgesamt werden einzelne Aspekte der Wohnsituation aber nicht so schlecht beurteilt. Im Hinblick auf die Kontaktmöglichkeiten zu anderen Studierenden, auf persönliches Wohlbefinden und konzentriertes Lernen halten die meisten (etwa zwei Drittel) ihre Wohnmöglichkeiten für eher günstig. Kritisiert wird dagegen die Kostenseite für den Wohnraum, der aufgrund der prekären Finanzsituation für viele zu teuer ist, und die durch die Wohnlage bedingte zum Teil schlechte Erreichbarkeit der Hochschule.

Zur Studiensituation: Anforderungsprofil, Schwierigkeiten und Belastungen

Das Studium an den ostdeutschen Fachhochschulen wird in seinem Anforderungsprofil insgesamt von den Studierenden als angemessen erlebt, wobei diese Einschätzung in Teilbereichen sich nach den einzelnen Fächern unterscheidet. Der Arbeits- und Leistungsbelastung sind die meisten Studierenden gewachsen, auch die Vermittlung von Fachwissen und Fachverständnis kommt nach Meinung der Studierenden nicht zu kurz. Ein Großteil der Studierenden hält den Studienaufbau noch für verbesserungswürdig und ist sich oft im unklaren, was in Prüfungen abverlangt wird.

Vermehrt verlangen viele Studierende in der Fachhochschulausbildung Elemente, die Eigenverantwortlichkeit und Kritikfähigkeit fördern. Auch fachübergreifende Bezüge werden ihnen in ihrem Studium nicht in ausreichendem Umfang angeboten.

Die Schwierigkeiten und Belastungen im Studium beziehen sich am stärksten auf die Prüfungssituation und Leistungen, die zu erbringen sind. Da unterscheiden sich die Studierenden in Ost und West nur wenig. Die meisten Studierenden akzeptieren diese Probleme auch als zum Studium dazugehörend. Dennoch wäre es wichtig, bessere Hilfestellungen für Prüfungsvorbereitungen, aber auch bei der Studienplanung zur Verfügung zu stellen, die Orientierungsprobleme, die immerhin ein Viertel der Studierenden äußern, abbauen helfen könnten.

Das gesamte soziale Klima, die Beziehungen zwischen Lehrenden und Studierenden, aber auch der Zusammenhalt zwischen den Studierenden und die Kontakt- und Betreuungssituation, haben sich an den neuen Fachhochschulen erfreulich gut entwickelt. Trotz dieses guten "Betriebsklimas" sollte nicht übersehen werden, daß die Hälfte der Studierenden an den ostdeutschen Fachhochschulen nur selten mit den Hochschullehrern in Kontakt kommt. Auch regelmäßige Sprechstundentermine, also feste Beratungszeiten, sind an den ostdeutschen Fachhochschulen weniger verbreitet als an den westdeutschen, möglicherweise weil die informelle Beratung und Betreuung besser funktio-

niert. Ein umfangreiches Angebot an festen Beratungsterminen wäre dennoch vielen Studierenden wichtig, und wird, soweit es angeboten wird, auch entsprechend genutzt.

Studien- und Lehrqualität

Die Studien- und Lehrqualität schneidet an den ostdeutschen Fachhochschulen insgesamt gut ab. Vor allem die inhaltliche Qualität des Lehrangebotes, die didaktische Güte der Lehre und die Betreuungsleistungen werden überwiegend als gut beurteilt.

Insbesondere wird von den Studierenden die gute Berufsvorbereitung im Studium hervorgehoben. Die praxisnahe Ausbildung liegt den Studierenden an den Fachhochschulen am Herzen, dennoch fehlt ihnen der Forschungsbezug im Studium, der den meisten Studierenden verborgen bleibt. Hier wünschen sich die Studierenden in den Lehrveranstaltungen mehr Querverbindungen zum aktuellen Forschungsstand und mehr Beteiligungsmöglichkeiten an laufenden Forschungsvorhaben.

Ein Manko stellt oftmals noch die Ausstattung an den neuen Fachhochschulen dar. Verständlicherweise werden deshalb von den Studierenden fehlende Sachmittel oder ungeeignete Räumlichkeiten bemängelt. In dieser Hinsicht besteht noch ein Nachholbedarf, den die Studierenden an allen Hochschulen in Ost wie West in ähnlichem Umfang anmahnen.

Mit der Lehrqualität sind die meisten Studierenden an den Fachhochschulen in den neuen Bundesländern weitgehend einverstanden. Sie meinen, daß die Lehrenden in der Regel gut auf die Lehrveranstaltungen vorbereitet seien. Hochschuldidaktische Standards werden, so scheint es, an den ostdeutschen Hochschulen besser eingehalten als an den westdeutschen. So werden, um nur zwei Beispiele zu nennen, besonders die gute Verständlichkeit der Vorträge in den Lehrveranstaltungen hervorgehoben und die Fähigkeit der Lehrkräfte besonders gut bewertet, wie sie die Verbindung zwischen Theorie und Praxis herstellen. Der persönlichen Beratung bei Problemen im Studium kommt an den ostdeutschen Fachhochschulen eine besondere Bedeutung zu. Die Hälfte berichtet davon, daß es in ihrem Studiengang sogar häufig möglich sei, sich persönlich von den Lehrenden beraten zu lassen. Außerdem nehmen die Lehrenden stärker als an den westdeutschen Fachhochschulen Anregungen und Vorschläge der Studierenden zur Kenntnis und berücksichtigen diese dann in ihren Lehrveranstaltungen.

Darüberhinaus melden die ostdeutschen Studierenden einen vergleichsweise wesentlich höheren Bedarf an Mitsprachemöglichkeiten an. In den Forderungen zur Entwicklung der Fachhochschulen genießt die Beteiligungsmöglichkeit der Studierenden an der Lehrplangestaltung allerhöchste Priorität. Das weist darauf hin, daß den partizipativen Elementen an den ostdeutschen Fachhochschulen noch ein stärkeres Gewicht beigemessen werden sollte.

An den Fachhochschulen müßte etwas stärker auf die Einhaltung der Lehrveranstaltungen geachtet werden, weil wichtige Lehrtermine häufiger als an Universitäten ausfallen, wobei das nach Studienfächern sehr unterschiedlich stark vorkommt. Es bliebe zu prüfen, inwieweit dies mit der Personalstruktur an den Fachhochschulen zusammenhängt, ob z.B. der Lehrbetrieb in starkem Maße durch externe Lehrbeauftragte geleistet wird.

In den fünf größten Einzelfächern an den neuen Fachhochschulen schneiden über verschiedene Merkmale der Studien- und Lehrqualität die beiden Fächer Maschinenbau und Elektrotechnik am besten ab. In diesen Fächern wird sowohl die inhaltliche Qualität des Lehrangebotes als auch der Aufbau des Studienganges am besten bewertet. Die Durchführung der Lehrveranstaltungen und die Betreuung durch die Lehrenden wird überwiegend für gut befunden. Ebenfalls weitgehend günstig wird von den Studierenden der Betriebswirtschaft ihr Studienfach bewertet. Besonders zufrieden sind sie in bezug auf das Anforderungsprofil und den gut gegliederten Aufbau ihres Studienganges.

Teilweise bestehen Probleme dagegen bei den Bauingenieuren. Bei hohen Leistungsansprüchen, sehen sich einem weniger gut gegliederten Studienaufbau, oftmals noch unklaren Prüfungsanforderungen und einer weniger guten Betreuung durch die Lehrenden gegenüber. Mit der inhaltlichen Qualität des Lehrangebotes und der Durchführung der Lehrveranstaltungen ist die Mehrheit jedoch zufrieden. Im Fach Sozialwesen bestehen Probleme hinsichtlich des geringen Anforderungsniveaus, der Gliederungsqualität und der Prüfungstranzparenz. Die Betreuungs- und Beratungsleistung der Lehrenden wird dagegen als besonders gut erfahren. Auch die Art und Weise, wie die Lehrveranstaltungen durchgeführt werden, wird von der Mehrheit der Studierenden für gut befunden. In diesem Fach wird noch am ehesten ein Forschungsbezug im Studium erkennbar. Insgesamt bewerten die Studierenden des Sozialwesens an den ostdeutschen Fachhochschulen ihren Studiengang aber besser als die Studierenden des gleichen Faches an den westdeutschen Fachhochschulen.

Insgesamt gelungene Startphase

Die insgesamt gelungene Startphase an den Neugründungen müßte durch entsprechende Maßnahmen stabilisiert und vorhandene Defizite so weit als möglich abgebaut werden. Wichtig, um den teilweise guten Standard zu halten und vorhandene Schwächen zu reduzieren, wären daher folgende fünf Aspekte:

- (1) Mehr unterstützende Maßnahmen zur Studienbewältigung, insbesondere Einführungsveranstaltungen und "Brückenkurse", um Wissenslücken abzubauen. Mehr Prüfungstransparenz und Hilfestellungen bei den Prüfungsvorbereitungen.
- (2) Wahrung der bisher guten Betreuungsleistungen bei einer Stärkung der allgemeinen Partizipationsmöglichkeiten.
- (3) Mehr Forschungsbezüge im Studium: Neben den Praxisanteilen gilt es, aktuelle Forschungsbezüge herzustellen, zumal anwendungsbezogene Forschung mehr und mehr Teil der beruflichen Praxis wird.
- (4) Die Förderung allgemeiner Qualifikationen und Kompetenzen. Auch das Studium an Fachhochschulen sollte sich nicht eingleisig auf die Vermittlung von Fachwissen ausrichten, sondern vermehrt die Förderung von "Schlüsselqualifikationen" berücksichtigen, zumal angesichts des Wandels in Berufs- und Arbeitswelt.
- (5) Die materielle Sicherung sowohl der Hochschulen (Austattung und Ressourcen), als auch der Studierenden (Studienfinanzierung und BAföG).

Für die neuen Fachhochschulen erscheint uns eine Art finanzieller Bonus für ihre guten Aufbauleistungen vertretbar, nicht nur um diese Leistungen zu honorieren, sondern um darüberhinaus ihre zukünftige Attraktivität zu sichern.

T. Bargel

Das Studium der Humanmedizin - Versuch eines Lehrberichtes

Über die Studiengänge an den Hochschulen Lehrberichte vorzulegen, das wird seit einiger Zeit gefordert. In einzelnen Ländern (wie Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen) werden "Lehrberichte" durch die Ministerien den Fakultäten abverlangt. Noch tut man sich zumeist schwer damit. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat letztes Jahr eine Schrift mit manch nützlichen Zusammenstellungen und Überlegungen zu den Elementen, Grundlagen und möglichen empirischen Indikatoren solcher Lehrberichte vorgelegt, einschließlich der möglicherweise vorzunehmenden Befragung von Studierenden in den Fachbereichen (vgl. Webler/Domeyer/Schiebler, 1993).

An einer Reihe von Hochschulen und in einzelnen Fächern bestehen mittlerweile Erfahrungen mit solchen Befragungen der Studierenden zur Studiensituation, Lehrqualität und Veranstaltungsevaluation. Es gibt dagegen verständlicherweise auch Mißtrauen, Vorbehalte und kritische Einwendungen. Solche problematischen Aspekte sind das einfache Ranking, die allseitige Publizierung oder die Individualisierung struktureller Probleme. Heikel ist auch Gebrauch und Funktion derartiger Evaluationen und Lehrberichte: Führen sie zu einer einengenden Kontrolle oder dienen sie als Informationsgrundlage für den offenen Dialog; verschwinden sie in Schubladen oder geben sie den Anstoß zu Verbesserungen?

Das Studium der Medizin als erstes Fach anhand unserer Untersuchungen auf den Prüfstand zu stellen, erfolgte aus mehreren Gründen: Die Humanmedizin ist ein großes, traditionsreiches und wichtiges Fach; aber in globalen Beurteilungen der Studienqualität hat sie im Vergleich der Universitätsfächer neben Jura besonders schlecht abgeschnitten. Es gibt neuerdings weiterreichende Reformbemühungen, denn offenbar besteht Unbehagen nicht nur auf Seiten der Studierenden über Anlage und Anforderungen des Studienganges. Hervorzuheben sind die "Leitlinien zur Reform des Medizinstudiums" des Wissenschaftsrates von 1992 mit der Liste von zehn Mängeln der derzeitigen Ausbildung (S. 33/34), denen mit einer umfassenden Reform begegnet werden soll.

Uns kommt es nicht darauf an, ein Ranking medizinischer Fakultäten zu veranstalten, sondern strukturelle Probleme des Medizinstudiums aus studentischer Sicht zu thematisieren, freilich zu beachten, welche Variationen zwischen den einzelnen Hochschulen dabei möglich sind. Als besonders aufschlußreich erwies sich im übrigen die Beachtung

der zeitlichen Entwicklung und der Fächervergleich, die durch die Anlage unseres Studentensurveys möglich ist.

Zuerst seien die **Studierenden der Medizin** in ihrem **sozialen Profil**, in ihren Motiven und Erwartungen skizziert, um zu verdeutlichen, welcher Personenkreis seine Erfahrungen schildert, Lob und Tadel verteilt, Forderungen äußert.

Nach Bildungsweg, sozialer Herkunft und Leistungsstand sind die Studierenden der Medizin eine besonders ausgewählte Gruppe. Sie haben eine Auswahlprozedur überstanden, wie sie die Hochschulen häufig verlangen. Mögliche Probleme im Studium lassen sich daher nur schwerlich auf einen zu leichten Zugang und zuviele ungeeignete Studierende zurückführen.

Was die Absichten betrifft, möglichst rasch das Studium abzuschließen und für ein gutes Examen intensiv zu arbeiten, zeigen viele Studierende der Medizin einen besonderen Ehrgeiz, weit mehr als in anderen Fächern. Ihr Vorhaben eines raschen Studiums mit guten Resultaten setzen die Medizinstudierenden durchaus in die Tat um. Das bezieht sich auf ihre Arbeitsintensität wie auf die geplante (und realisierte) Studiendauer. Sie erfüllen weitgehend die Forderung, ein effizientes Studium zu absolvieren. Um so problematischer wird es für sie, wenn Studienverhältnisse und Prüfungsverfahren (auch die Berufsperspektiven) ihren Ansprüchen und Vorstellungen nicht entsprechen oder genügen.

Es ist keine Frage: Das Studium der Medizin wurde (und wird) besonders nachgefragt. Die Zulassungszahlen zu diesem Studium waren trotz Numerus clausus sehr hoch. Aber: seit der Änderung und Verschärfung des Zugangs 1990 hat sich der Zustrom verringert. Das Ausmaß der Überfüllung hat spürbar nachgelassen: eine wichtige Voraussetzung für bessere Studienverhältnisse und gute Lehre. Gehörte die Humanmedizin in den 80er Jahren zu jenen Fächern mit der stärksten Überfüllung, so liegt sie nunmehr im Mittelfeld. Die Studentenzahlen sind zwar immer noch prekär, kein Zweifel, aber sie können nicht mehr als ausschlaggebendes Argument benutzt werden, um Studienprobleme allein darauf zurückzuführen. Denn diese bestehen nach wie vor fort, haben sich sogar zum Teil verschärft.

In der Gliederung des Studienaufbaues wie in den damit verknüpften Leistungsanforderungen variieren die Fächer an den Universitäten ganz erheblich. Sowohl in den **Leistungsanforderungen** als auch in der **Strukturierung des Studiums** liegt die Humanmedizin deutlich über dem universitären Durchschnitt. Die Arbeitskultur in der Human-

medizin ist in ganz ähnlicher Weise wie in den Natur- und Ingenieurwissenschaften gekennzeichnet: Es ist eine Arbeitskultur stark geregelter Tätigkeiten und von hoher Anstrengung. Die straffe Reglementierung bereitet aber 45 Prozent der Medizinstudierenden regelrecht Schwierigkeiten in ihrer Studienbewältigung (Universitäten insgesamt: 31 %). Sie erweist sich demnach keineswegs als durchgehend hilfreich, vielmehr ist sie für viele Studierende problematisch.

Die Stellungnahmen der Studierenden lassen den Schluß zu, daß sie eine Strukturierung und auch Reglementierung im Studium keineswegs grundsätzlich ablehnen. Sie haben aber den Eindruck, daß im Fach Humanmedizin Striktheit und Umfang der Reglementierungen weit übertrieben sind. Ihr Votum zugunsten einer Reduzierung der Reglungsdichte sollte daher nicht als Verzicht auf Vorgaben mißverstanden werden. Vielmehr wären optionale Elemente wie Gestaltungsfreiheit und Selbständigkeit in die Richtlinien des Studiums einzufügen, was allerdings eine gewisse Entrümpelung der vielen Fach- und Prüfungsgebiete verlangen würde.

Die Medizinstudierenden vermissen viele Facetten universitärer Bildung in ihrem Studienfach. Sie sind deshalb mit dem gesamten Anforderungsprofil ihres Studienganges am wenigsten zufrieden. Zwei Punkte seien hervorgehoben:

- Für 80 Prozent der Medizinstudierenden wird in ihrem Studium zu viel Wert auf umfangreiches Faktenwissen und kaum oder zu wenig Wert auf das Verstehen von grundlegenden Prinzipien des Faches gelegt. Der überwiegenden Mehrheit erscheint ihr Studium als ein "verschultes Paukstudium". Das Verhältnis von 'Wissen' und 'Verstehen' scheint im Medizinstudium aus der Balance geraten zu sein.
- Fast alle Studierenden der Medizin kritisieren, daß sich zu wenig eigene Interessenschwerpunkte setzen lassen. In fast gleichem Umfang haben sie den Eindruck, daß seitens der Lehrenden viel zu wenig gefordert wird, Kritik an Lehrmeinungen zu üben. Dieses Ausblenden von Autonomie und Kritik muß im Hinblick auf den Arztberuf und der Entwicklungen in der Medizin, wie sie zum Beispiel auch der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen (1992) beschreibt, als schwerwiegend beurteilt werden.

Insgesamt zeichnen die Studierenden ein Anforderungsprofil ihres Studienfaches, daß durch starke Einseitigkeit gekennzeichnet ist. Der intensive Erwerb von unverbundenem Faktenwissen steht im Vordergrund. Es werden zu wenig grundlegende Prinzipien des Fachwissens vermittelt und fachübergreifende Bezüge kaum hergestellt. Das Studium wird als zu verschult beurteilt. Weder Eigenständigkeit und die Entwicklung eigener Interessen noch Auseinandersetzung, Diskussionen und Kritik sind gefragt. Ein tieferes Verständnis und ein autonomer Umgang wird selten gefordert, folglich auch nicht gefördert.

Es ist einer der erstaunlichen Befunde unserer Analysen, daß die Studierenden der Medizin, ganz im Gegensatz zu den Studierenden anderer Fächer, in höheren Semestern einen geringeren Studierertrag als die mittleren Semester bilanzieren. Ihre Ertragsbilanz der Förderung im Studium fällt ab, während sie ansonsten weiter ansteigt. Studierende der Medizin erleben gleichsam im Studienverlauf einen Verlust an Qualifikationen und Kompetenzen.

Eine konkrete **Beurteilung einzelner Lehrveranstaltungen** ist im Rahmen eines Studentensurveys, in dem viele Fächer an verschiedenen Hochschulen einbezogen sind, nicht möglich. Dies ist eine Aufgabe, welche die Fachbereiche in eigener Regie angehen und bewältigen sollten.

Die bisherige Lehr-Lernforschung im Hochschulbereich legt es nahe, die Güte der Lehre im Rahmen von Veranstaltungen an fünf Prinzipien zu bemessen: (1) die klare Lernzieldefinition für die Lehrveranstaltung; (2) der verständliche und treffende Vortrag des oder der Lehrenden; (3) die konkreten Veranschaulichungen und Beispiele; (4) die stützenden Zusammenfassungen und Wiederholungen sowie (5) die Lernzielkontrolle, d.h. die Vergewisserung darüber, ob der Stoff verstanden wurde. Für die Qualität der Lehre eines Faches wäre daher vorauszusetzen, daß diese Prinzipien in möglichst vielen Lehrveranstaltungen eingehalten werden.

Der Reglementierung und Strukturierung des Studiums in der Humanmedizin entspricht, daß in den Lehrveranstaltungen am ehesten das Prinzip der klaren **Lernziel-Definition** erfüllt wird. Unausgewogener ist dagegen die Einhaltung der Prinzipien der **Verständlichkeit des Vortrages** und der **konkreten Veranschaulichung** anhand von Beispielen. Hier werden von den Studierenden der Medizin häufiger Defizite konstatiert. Mangelhaft sieht es bei den Prinzipien der **stützenden Zusammenfassungen und Wiederholungen** und bei der **Lernzielkontrolle** aus, im Sinne einer Vergewisserung der Dozenten, daß der von ihnen behandelte Stoff verstanden wurde. Beides geschieht in den Lehrveranstaltungen der Medizin nur selten, und zwar noch seltener als in der Lehre an Universitäten ansonsten üblich.

Sowohl bei den oftmals vermißten Zusammenfassungen und Wiederholungen als auch bei der für die Studierenden häufig fehlenden Lernzielkontrolle handelt es sich um strukturelle Mängel der Lehre. Angesichts der Stofffülle in der Medizin wäre in diesem Fach darauf zu achten, diesen beiden Prinzipien breitere Geltung zu ermöglichen. Ihre vermehrte Einhaltung dürfte dazu verhelfen, manche Prüfungsprobleme und -belastun-

gen im Studium der Medizin zu verringern. In diesem Zusammenhang ist auf einen eigentümlichen Trend in der Medizin hinzuweisen: Die Prüfungsergebnisse fallen immer schlechter aus; die Studierenden sind folglich mehr und mehr irritiert, die Unzufriedenheit mit den Prüfungsverfahren wie -resultaten steigt. Dieser Trend ist an allen fünf einbezogenen medizinischen Fakultäten zu beobachten.

Studierende der Humanmedizin können nur selten auf die **Beratung durch einen Lehrenden** zurückgreifen, wenn es für ihr Studium wichtig wäre. Ein Drittel (34%) berichtet, dies sei ganz selten möglich (die Studierenden anderer Fächer zu 18 Prozent). Im Vergleich zu den anderen universitären Fächern ist das Beratungsdefizit in der Humanmedizin augenfällig. Zusammen mit den fehlenden oder geringen Kontakte ist es als Ausdruck der besonderen sozialen Distanz zwischen Studierenden und Lehrenden in diesem Fach anzusehen.

Faßt man die Befunde zur Situation der Lehre zusammen, sind vor allem drei Sachverhalte hervorzuheben, welche die Lehrqualität in der Medizin mindern:

- der mangelnde Kontakt zwischen Studierenden und Lehrenden, das Ausbleiben von Beratung und Betreuung, die allzu seltenen Gesprächsmöglichkeiten;
- die ungenügenden Zusammenfassungen des Stoffes in den Lehrveranstaltungen, die weithin fehlenden Lernzielkontrollen und die ausbleibenden Rückmeldungen und Erläuterungen;
- die unzureichende Einbeziehung der Studierenden, die seltenen Möglichkeiten zur Mitarbeit und die fehlende Berücksichtigung von studentischen Vorschlägen und Anregungen;

All diese Mängel der Lehre in der Medizin hängen weniger vom Talent des einzelnen Lehrenden ab, anregende, anschauliche, treffende und verständliche Vorlesungen zu halten, sie sind vielmehr strukturelle didaktische Defizite. Sie ließen sich daher in weiten Teilen beheben, wenn die Prinzipien einer produktiven und ertragreichen Lehre vermehrt eingehalten würden.

Trotz einer gewissen Zunahme der Kontakte zwischen Studierenden und Hochschullehrern im Fach Humanmedizin in den letzten Jahren hat sich dadurch die Qualität der Beziehungen und das soziale Klima keineswegs verbessert. Es ist nach wie vor durch eine große Distanz und überwiegend seltene, bloß formale Kontakte gekennzeichnet, offenbar zusätzlich durch den Trend zu verschärfter Konkurrenz und zu schlechteren Prüfungsergebnissen belastet. Es hat den Anschein, als ob viele Hochschullehrer/innen davon ausgehen, die vielen Regelungen und Vorgaben erübrigten Kontakte und Beratung. Dies stellt sich als unzutreffende Annahme heraus, denn Regelungen können, gerade im

Studium, Kontakt und Kommunikation nicht ersetzen. Deshalb wäre in der Medizin eine geringere Regelungsdichte, dafür eine höhere Kontaktdichte anzustreben und zu sichern, zum Beispiel durch verantwortliche Zuordnungen der Studierenden zu Hochschullehrer/innen.

Studierende der Medizin haben nämlich einen **besonders hohen Beratungsbedarf bei fachwissenschaftlichen Fragen und inhaltlichen Fachproblemen**. Ebenfalls sehr hoch ist die Nachfrage nach Beratung hinsichtlich der **Prüfungsvorbereitung und Prüfungsarbeiten**. In kontinuierlicher Weise zugenommen hat die studentische Nachfrage im Fach Medizin nach **Hilfe und Unterstützung bei der Berufsfindung und Stellensuche**, eine Folge der schlechteren Berufsaussichten und Arbeitsmarktchancen.

Folgt man den Voten der Studierenden im Fach Humanmedizin, ergibt sich eine eindeutige Folgerung: die notwendige Steigerung der Beratung und Betreuung durch Lehrende hätte sich einerseits auf Aspekte der Prüfungen (Vorbereitungen und Arbeiten), andererseits auf Fragen des Berufsübergangs (Findung und Stellensuche) zu beziehen. Dabei handelt es sich jedoch zum Teil um Felder, die nicht völlig von den einzelnen Hochschullehrer/innen allein ausgefüllt werden können. Es wären daher neue Formen der Beratung zu entwickeln (z.B. Veranstaltungen zur Prüfungsphase, Informations- und Kontaktbörsen etc.), die von den Fakultäten und Fachschaften der einzelnen Hochschulen insgesamt zu tragen wären, gegebenenfalls mit Partnern außerhalb der Hochschulen (z.B. Krankenhäuser, Unternehmen, Berufsberatung).

Die vorhandenen Befunde verweisen darauf, daß sich der Studierertrag im Fach Humanmedizin durch Verbesserungen insgesamt erhöhen ließe. Neben der hohen "Effizienz" des Medizinstudiums, die bereits gegeben ist, wäre es demnach durchaus erfolgversprechend, vermehrt in die "Qualität" des Medizinstudiums zu investieren.

Solche Bemühungen hätten sich insbesondere auf jene fünf Felder zu beziehen, die für die Bilanz des Studierertrages und damit die Studienqualität besonders bedeutsam sind:

- (1) **Veränderungen im Anforderungsprofil:** Weniger Gewicht auf unverbundenes Faktenwissen legen; statt dessen integrierende, zugrundeliegende Prinzipien verdeutlichen und die studentische Auseinandersetzung mit dem Stoff ermöglichen.
- (2) **Vermehrte Optionen und Eigenständigkeit der Studierenden:** Sowohl im gesamten Studienaufbau (reduzierte Reglementierungen) als auch in der Lehre (er-

höhte Eigenaktivität, Einbeziehung und Beteiligung) wären mehr Gestaltungsfreiheit und Autonomie zu gewähren.

- (3) **Intensivierung der tutorialen Qualität:** Beratung und Betreuung auch in den Phasen der Studienmitte und des Studienendes sichern, die Zugänglichkeit und Verantwortlichkeit der Hochschullehrer/innen für ihre Studierenden herstellen.
- (4) **Verbesserung der didaktischen Qualität der Lehrveranstaltungen:** Vor allem in den strukturellen Momenten der Unterrichtsvorbereitung, der Zeiteffizienz und Stoffmenge, der Rückmeldung und studentischen Beteiligung die Lehrveranstaltungen verbessern.
- (5) **Gestaltung des Praxisbezugs:** Frühzeitigeres Heranführen an die Praxis bei gleichzeitig besserer Vermittlung und Aufbereitung der praktischen Erfahrungen. Der Hauptforderung der Mediziner nach mehr Praxisbezug im Studium kommt weiterhin eine Schlüsselrolle zu. Der Praxisbezug ist allerdings weniger ein Problem der Lehrveranstaltungen; problematisch sind vielmehr der Einbau und die Gestaltung der Praxisphasen im Studium und die Qualität dieser Praxis selbst.

Gelängen in diesen Feldern Verbesserungen im Studiengang Humanmedizin, bliebe der hohe fachliche Ertrag gewahrt, aber zugleich ließen sich bei den praktischen Befähigungen wie bei den allgemeinen Kompetenzen vermehrte Gewinne für die Studierenden erwarten.

Die in den **Leitlinien zur Reform des Medizinstudiums vom Wissenschaftsrat** (1992) vorgeschlagenen Konzepte betreffen eine Fülle von strukturellen und inhaltlichen Aspekten der humanmedizinischen Ausbildung. Nach den Leitlinien bedarf es zum einen der Reduzierung der Zulassungszahlen zum Medizinstudium, die bereits durch die Neuregelung der Kapazitätsermittlung für den Studiengang Medizin eingeleitet wurde, und zum anderen einer grundlegenden qualitativen Verbesserung in der Mediziner Ausbildung. Stellt man die in den Leitlinien vorgeschlagenen Maßnahmen zum Medizinstudium den studentischen Erfahrungen und Urteilen im Fach Medizin gegenüber, so steht ein Großteil der vorgesehenen Änderungen mit den Wünschen und Forderungen der Studierenden im Einklang: (1) die frühere und sukzessive Praxisorientierung, (2) eine stärkere Kooperation zwischen Lehrenden und Lernenden, (3) die strukturellen, aber auch die inhaltlichen und didaktischen Veränderungen werden von den Studierenden gewünscht und dürften daher bei ihnen Unterstützung finden.

E.R. Wiehn/ T. Bargel

Studienqualität und Hochschulentwicklung - Forderungen und Wünsche der Studierenden

Die gegenwärtigen Diskussionen und Vorschläge zur Hochschulentwicklung beziehen sich überwiegend auf drei Problemkreise:

- **Qualität:** Strukturreform der Studiengänge und Verbesserung der Lehre; da ist einiges in Gang gekommen;
- **Quantität:** Stellenausbau und Kapazitätserweiterungen; da tut sich allzu wenig;
- **Effizienz:** Erhöhung der Studienintensität und Verkürzung der Studiendauer, da sind manche Vorhaben stark umstritten.

Verschiedene Maßnahmen und Konzepte aus diesen Problemkreisen (insgesamt 15) sind den befragten Studierenden zur Stellungnahme vorgelegt worden. Die Studierenden nehmen insgesamt eine recht eindeutige Prioritätensetzung vor; jedoch sind Unterschiede nach der Hochschulart und der Zugehörigkeit zu den alten oder neuen Bundesländern ebenso beachtenswert wie Veränderungen im Meinungsbild der westdeutschen Studierenden in den letzten Jahren.

Konzepte zur Hochschulentwicklung

Die Studierenden sprechen sich überwiegend für inhaltliche Reformen und Verbesserung der Lehrqualität aus; sie sehen zudem die Notwendigkeit eines Ausbaus von Stellen für Hochschullehrer/innen (nicht notwendig eine Kapazitätserweiterung, d.h. mehr Studienplätze). Nahezu einmütig votieren die Studierenden für drei Konzepte:

- **inhaltliche Studienreform/Entrümpelung der Studiengänge,**
- **Steigerung der Qualität der Lehre, besseres Lehrangebot,**
- **sowie: Ausstattung der Hochschulen mit mehr Stellen.**

Jeweils vier von fünf Studierenden erachten derartige Maßnahmen für wichtig oder sehr wichtig (zwischen 77 und 80 Prozent). Alle anderen Maßnahmen erreichen kein derartig eindeutiges Votum der Studierenden, werden zum Teil sogar kontrovers beurteilt.

In ebenfalls noch hohem Maße halten die Studierenden **hochschuldidaktische Reformen und Innovationen** (72 Prozent) sowie die **Beteiligung der Studierenden an der Lehrplangestaltung** (65 Prozent) für wichtig bzw. sehr wichtig.

Für eine Erweiterung der Ausbildungskapazitäten und für mehr Studienplätze an den Hochschulen spricht sich zwar knapp die Hälfte der Studierenden aus, aber ein großer Teil hält nichts oder nur wenig davon. Außerdem hat in den letzten Jahren die Zustimmung zu einem solchen Ausbau der Hochschulen in der westdeutschen Studentenschaft erheblich nachgelassen. Gleiches gilt für die Abschaffung von Zulassungsbeschränkungen: Nur noch knapp ein Viertel hält sie für wichtig (23 Prozent); vor drei Jahren war es noch mehr als ein Drittel (37 Prozent). Offenbar haben die Erfahrungen mit der eigenen Studiensituation (Überfüllung) viele Studierende zu diesem Abrücken veranlaßt.

Mit Änderungen bei der Studienzulassung, mit Vorgaben für Planstudienzeiten oder mit einem stärkeren Wettbewerb zwischen den Hochschulen sind eher wenige Studierende einverstanden. Zwischen einem Viertel bis zu einem Drittel der Studierenden finden solche Maßnahmen zwar wichtig; aber größere Teile sprechen sich dagegen aus.

Derartige Vorhaben, um einerseits einen selektiveren Zugang "geeigneter" Studierender ins Studium, um andererseits an den Hochschulen mehr Effizienz zu erreichen, stoßen bei den Studierenden immer noch überwiegend auf Ablehnung. Jedoch ist nicht zu übersehen, daß die Vorbehalte weiter abgenommen haben. Das betrifft vor allem die strengere Auswahl bei der Zulassung zu einem Studium, die mittlerweile von einem Drittel der Studierenden als wichtig befürwortet wird.

Nach Hochschulart und nach der Zugehörigkeit zu den alten oder neuen Bundesländern ergeben sich deutliche Unterschiede im Gewicht, welches den einzelnen Konzepten zur Hochschulentwicklung zugewiesen wird.

Besonders groß ist der **Dissens zwischen den Studierenden in den alten und neuen Bundesländern** hinsichtlich der **Durchsetzung von Planstudienzeiten** an Universitäten und Fachhochschulen: An den westdeutschen Hochschulen hält dies nur ein Viertel der Studierenden für sinnvoll, eine Mehrheit ist dagegen; an den ostdeutschen Hochschulen ist dagegen über die Hälfte der Studierenden dafür. Das ist an Universitäten und Fachhochschulen gleichermaßen der Fall.

Umgekehrt liegen die Verhältnisse bei der Forderung nach einer **Erweiterung der Ausbildungskapazitäten/mehr Studienplätze**: Hier votieren die westdeutschen Studierenden mehrheitlich dafür (57 Prozent an Universitäten, 59 Prozent an Fachhochschulen), dagegen in den neuen Bundesländern nur 43 (an Fachhochschulen) bzw. sogar nur 33 Prozent (an Universitäten).

Insgesamt unterstützen die ostdeutschen Studierenden häufiger Maßnahmen und Konzepte der Selektivität, Effizienz und des Wettbewerbs; die westdeutschen Studierenden treten dagegen noch öfters für ein Offenhalten und einen Ausbau der Hochschulen ein.

Im Meinungsbild der westdeutschen Studierenden hat es in den letzten Jahren einige beachtenswerte Verschiebungen gegeben: Während das Offenhalten der Hochschulen und die Aufhebung von Zulassungsbeschränkungen seltener vertreten werden, haben Aspekte der strengeren Selektivität im Zugang und der Maßnahmen zur Studieneffizienz deutlich an Zustimmung gewonnen.

Von der Forderung nach "Abschaffung der Zulassungsbeschränkungen" sind die Studierenden weithin abgerückt; sie wird mittlerweile von einem größeren Anteil der Studierenden nicht mehr erhoben. In ähnlich starkem Maße wird die Erweiterung der Ausbildungskapazitäten, die Vermehrung der Studienplätze seltener unterstützt, obwohl immer noch eine knappe Mehrheit (an den westdeutschen Hochschulen) dafür eintritt.

Sogar die Ausstattung der Hochschulen mit mehr Stellen hat einen deutlichen Verlust an Zustimmung hinzunehmen: Lag sie vor drei Jahren mit Abstand an der Spitze aller Forderungen, hat sie nun für die Studierenden zwar immer noch einen hohen Stellenwert, aber qualitative Reformen der Studiengänge, die Verbesserungen der Lehre und hochschuldidaktische Bemühungen weisen nun die gleiche hohe Wichtigkeit auf, sind mit in die erste Priorität gerückt.

Die Entwicklungen sind an den Universitäten wie an den Fachhochschulen in nahezu gleicher Weise zu beobachten: Der Trend eines Abrückens von Offenhalten und Ausbau der Hochschulen zugunsten von strengerer Selektivität im Zugang und mehr Effizienz im Studium ist unabhängig von der Hochschulart vorhanden.

Bei alledem ist aber zu beachten: Für die westdeutschen Studierenden, in erster Linie an den Universitäten, steht weiterhin ein Bündel von vier Konzepten ganz eindeutig im Vordergrund: (1) Besseres Lehrangebot, höhere Qualität der Lehre; (2) inhaltliche Strukturreform/Entrümpelung der Studiengänge; (3) hochschuldidaktische Reformen und Innovationen und (4) Ausstattung der Hochschulen mit mehr Stellen. Nur wenn in diesen Bereichen der Studienqualität und der Stellenressourcen Verbesserungen erzielt werden, dürften weitere Kreise der Studierenden an den Hochschulen jene Maßnahmen akzeptieren, die einer effizienteren und intensiveren Studienanlage dienen sollen.

Maßnahmen zur Verkürzung der Studienzeiten

Ein Maßstab der Studieneffizienz sind die Studienzeiten. Überlange Studienzeiten sind in doppelter Hinsicht problematisch: Zum einen verzögern sie den Eintritt in das Berufsleben vieler Studierender, zum anderen tragen sie nicht unerheblich zur Überfüllung der Hochschulen bei. Zwar haben die Studierenden zunehmend häufiger vor, ihr Studium rasch abzuschließen, aber es gelingt ihnen häufig nicht, diese Absicht umzusetzen. Vielmehr haben sich die geplante wie die tatsächliche Studiendauer im letzten Jahrzehnt fast durchgehend tendenziell verlängert. Maßnahmen zur Studienzeitverkürzung begegnen die Studierenden keineswegs von vornherein mit Mißtrauen. Sie unterscheiden aber sehr deutlich danach, welche Art von Maßnahmen sie für geeignet und welche sie für ungeeignet halten oder sogar ablehnen.

Im Vordergrund der als geeignet beurteilten Konzepte stehen durchweg solche, die sich auf die **Prüfungsverfahren** beziehen: die **raschere Wiederholungsmöglichkeit** im gleichen Semester bei nicht bestandenen Prüfungen/Scheinen steht eindeutig im Vordergrund (82 Prozent halten sie für geeignet). Die sogenannte "**Freischußregelung**" (bei früher Meldung zur Abschlußprüfung mit zusätzlicher Wiederholungsmöglichkeit) und ein generell zügiges Prüfungsverfahren mit **schnellerer Begutachtung** erfahren ebenfalls ganz überwiegend Zustimmung. Annähernd zwei Drittel der befragten Studierenden halten diese Maßnahmen für geeignet (nur vergleichsweise wenige für ungeeignet), um die Studiendauer zu verringern.

Hinzu treten zwei weitere Faktoren, die vor allem von Studierenden an Universitäten in den alten Bundesländern angeführt werden:

- **Erweiterung des Angebotes an Tutorien und betreuten Arbeitsgruppen,**
- **Verringerung der Erwerbsarbeit neben dem Studium.**

All diese Aspekte werden von Mehrheiten der Studierenden als geeignet eingestuft. Gerade die favorisierten Maßnahmen hinsichtlich der Prüfungsverfahren wären weitgehend "kostenneutral" - sie sollten vordringlich verwirklicht werden als eine von den Studierenden akzeptierte strukturelle Verbesserung.

Umstritten in der Studentenschaft sind zwei Maßnahmen zur Verkürzung der Studienzeiten:

- den Zeitrahmen für die Diplomarbeit oder Abschlußarbeit auf höchstens sechs Monate zu begrenzen;

- die Verpflichtung zur Studienberatung für alle Studierenden zu Beginn und in der Mitte des Studiums durch Hochschullehrer/innen des Faches.

Es finden sich gleich große Anteile, die beides auf der einen Seite für "geeignet" oder beides auf der anderen Seite für "ungeeignet" halten (in der Größenordnung von jeweils etwa 40 Prozent - die übrigen äußern sich "unentschieden").

Drei Maßnahmen werden jeweils von einer Mehrheit der Studierenden als ungeeignet beurteilt, dazu beitragen zu können, die Studienzeiten zu verkürzen. Das betrifft zuerst die bestehende **Regelung der Förderungshöchstdauer beim BAföG**: die Hälfte der Studierenden hält sie für ungeeignet, nur ein Viertel für möglicherweise geeignet. Auch **Studien- und Lehrangebote in den bisherigen Semesterferien** werden überwiegend als "ungeeignet" eingestuft (insgesamt 57 Prozent).

Die meiste Ablehnung erfahren **Studiengebühren für Langzeitstudenten**, die von fast zwei Dritteln (62 Prozent) als ungeeignet angesehen werden; vor allem unter den westdeutschen Studierenden dürfte diese Maßnahme Gegenreaktionen auslösen.

Die möglichen Bemühungen um Studienzeitverkürzung werden zum Teil von den Studierenden in den alten und in den neuen Bundesländern unterschiedlich beurteilt. Weitgehend Einvernehmen besteht noch darüber, daß die Änderungen in den Prüfungsverfahren, einschließlich Freischuß-Regelung und Wiederholungsmöglichkeiten, am ehesten geeignet erscheinen, zu kürzeren Studienzeiten zu führen.

Die beiden "unterstützenden" Maßnahmen, wie die Erweiterung des Angebots an Tutorien oder betreuten studentischen Arbeitsgruppen und die Verringerung der Erwerbsarbeit neben dem Studium werden von den westdeutschen Studierenden, vor allem an den Universitäten, meist weit häufiger als geeignet eingeschätzt (zu 60 Prozent und mehr).

Demgegenüber setzen die ostdeutschen Studierenden weit häufiger auf reglementierende Maßnahmen, die von den westdeutschen Studierenden ganz überwiegend abgelehnt werden. Das betrifft zum einen die bestehende Regelung der Förderungshöchstdauer beim BAföG, zum anderen die Studiengebühren für Langzeitstudenten. Während die Studierenden an den westdeutschen Hochschulen nur zu geringen Anteilen diese beiden Maßnahmen für geeignet halten (zwischen 20 und 25 Prozent), sind es bei den ostdeutschen Hochschulen nahezu doppelt so große Anteile (42 bis 46 Prozent).

Verbesserung der Studiensituation

Die Wünsche zur **Verbesserung der Studiensituation** spiegeln die Erfahrungen im Studium an der jeweiligen Hochschulart hinsichtlich des Studienganges, der Belastungen im Studium sowie der Probleme aufgrund großer Studentenzahlen und Überfüllung recht genau wieder. Deshalb fallen diese Wünsche der Studierenden in den alten und neuen Bundesländern nach der Hochschulart ganz unterschiedlich aus. Das zeigt sich deutlich an den drei wichtigsten Sachverhalten, welche die Studierenden jeweils als besonders dringlich herausstellen.

Für **Studierende an Universitäten in den alten Bundesländern** haben folgende Punkte eindeutig Priorität: häufiger Lehrveranstaltungen in kleinerem Kreis, stärkerer Praxisbezug des Studienganges, intensivere Betreuung durch Lehrende.

Für die **Studierenden an Universitäten in den neuen Bundesländern** stehen dagegen im Vordergrund: Erhöhung der BAföG-Sätze/Stipendien, Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für Studierende des Faches sowie der stärkere Praxisbezug des Studienganges.

Während demnach für die westdeutschen Studierenden "hochschulinterne Probleme" der Lehre und der Betreuung im Vordergrund stehen, die mit der Überfüllung und der ungenügenden Zugänglichkeit der Hochschullehrer/innen zusammenhängen, liegen die Hauptprobleme der ostdeutschen Studierenden in erster Linie im "außer-universitären Bereich" der Studienfinanzierung und der Arbeitsmarktchancen.

Für die Studierenden an den Fachhochschulen fällt die Prioritätenliste wieder etwas anders aus. Von den **Studierenden an den westdeutschen Fachhochschulen** wird kein Aspekt in besonderer Häufigkeit oder Dringlichkeit als Wunsch unterstrichen. Dies belegt, daß die Studierenden an den westdeutschen Fachhochschulen mit ihrer Studiensituation vergleichsweise zufrieden sind. Noch am ehesten würde aus ihrer Sicht zur Verbesserung der Studiensituation beitragen: mehr Beteiligungsmöglichkeiten an Forschungsprojekten; häufiger Lehrveranstaltungen im kleineren Kreis; Erhöhung der BAföG-Sätze/Stipendien. Die Forderung nach Erhöhung der BAföG-Sätze korrespondiert damit, daß die finanzielle Lage die Studierenden an den Fachhochschulen häufiger stark belastet.

Die **Studierenden an den ostdeutschen Fachhochschulen** äußern sich bei der Frage nach der Verbesserung der Studiensituation ganz ähnlich wie ihre westdeutschen Kom-

millionen, mit zwei bezeichnenden Ausnahmen: die Erhöhung der BAföG-Sätze/ Stipendien ist ihnen noch wichtiger und sie haben einen besonderen Bedarf an "Brückenkursen" zur Aufarbeitung schulischer Wissenslücken. Als die drei dringlichsten Wünsche zur Verbesserung der Studiensituation ergibt sich demnach an ostdeutschen Fachhochschulen: Erhöhung der BAföG-Sätze/Stipendien; Einrichtung von "Brückenkursen" zur Aufarbeitung schulischer Wissenslücken; mehr Beteiligungsmöglichkeiten an Forschungsprojekten.

Auf einen der letzten Rangplätze verweisen die Studierenden in Ost wie West die Verringerung der **Prüfungsanforderungen**. Daß geringere Prüfungsanforderungen so selten gewünscht werden, ist in zweierlei Hinsicht bedeutsam: (1) Wenn sich die Studierenden für eine "Entrümpelung" der Studieninhalte und eine bessere Gliederung des Studienaufbaus aussprechen, meinen sie damit keineswegs ein "leichteres" Studium; (2) Die Studierenden gehen fast durchweg davon aus, daß die Anspannung aufgrund der Prüfungsanforderungen, selbst wenn sie eine starke Belastung darstellen, als Teil des Studiums von ihnen zu bewältigen sind.

Die Erhöhung der **BAföG-Sätze/Stipendien** ist der vordringlichste Wunsch der Studierenden in den neuen Bundesländern: an Universitäten gleichermaßen wie an Fachhochschulen. An den ostdeutschen Universitäten sind es 71 Prozent, an den Fachhochschulen 69 Prozent Studierende, die darin eine dringliche Verbesserung ihrer Studiensituation sehen. An den westdeutschen Hochschulen ist dieser Anteil nicht so hoch. Mit 47 Prozent an den Fachhochschulen, mit 38 Prozent an den Universitäten ist der Kreis Studierender aber ebenfalls beträchtlich, denen durch eine Erhöhung der BAföG-Sätze bzw. Stipendien ein besseres Studium ermöglicht würde und die Notwendigkeit zur Erwerbstätigkeit neben dem Studium verringern dürfte.

Vorhaben zur Verbesserung der Studiensituation sind sicherlich weniger effizient, wenn sie global ausgelegt werden. Sie sind vielmehr nach Hochschulart und Fach in Ost- oder Westdeutschland differenziert auszurichten. Dennoch sind die allgemeinen Prinzipien zur Steigerung der Qualität und Effizienz des Studiums, wie sie die Studierenden in ihren Stellungnahmen favorisieren, beachtenswert für Hochschulpolitik und Hochschulentwicklung. Es wäre erfreulich, wenn sie nicht nur gehört und debattiert, sondern auch berücksichtigt und möglichst vielerorts verwirklicht würden.

Arbeitsgruppe Hochschulforschung
 Sozialwissenschaftliche Fakultät - Universität Konstanz
 Prof. Dr. E.R. Wiehn, M.A.; Prof. Dr. H. Peisert (Beirat);
 Dipl. Soz. T. Bargel; J.-U. Sandberger, M.A.; M. Ramm, M.A.

Fachgespräch: Studium und Studierende im vereinten Deutschland

am Dienstag, den 26.4.1994 im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft,
 Bonn, Heinemannstr. 2 (Haus I), in Saal 2 (UG).

Befunde aus den Untersuchungen des Projekts:

"Entwicklung der Studiensituation und studentischer Orientierungen"

(Referat von ca. 15 und Diskussion von ca. 30 Minuten)

- 14.00 Begrüßung und Einführung
 Herr MinRat Mittag
 Frau Dr. Steffens (BMBW); Herr Prof. Dr. Wiehn
- 14.20 **Studium und Studierende im vereinten Deutschland:
 Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern**
 (Prof. Dr. H. Peisert)
- 14.40 **Student und Politik im vereinten Deutschland**
 (T. Bargel)
- 15.30 **Fachhochschulen in den neuen Bundesländern:**
 die Gründungsphase aus studentischer Sicht
 (M. Ramm)
- 16.15 Pause
- 16.30 **Das Studium der Humanmedizin**
 Versuch eines Lehrberichtes
 (T. Bargel)
- 17.15 **Studienqualität und Hochschulentwicklung:**
 Forderungen und Wünsche der Studierenden
 (Prof. Dr. E. R. Wiehn)
- 18.00 **Resümee und Ausblick**
- 18.30 Ende

Eingeladen zu diesem Fachgespräch sind Vertreter/innen der beteiligten Hochschulen, von Institutionen und Forschungseinrichtungen (Experten/innen) sowie der Wissenschaftliche Beirat des Projekts.

Teilnehmer/innen am Fachgespräch am 26. April 1994 im BMW - Bonn

1. **Rektoren und Vertreter/innen der beteiligten Hochschulen**
 (Rektorate, Studienangelegenheiten, Studienberatung)
 Bochum: Dr. Höck, Schult (Ausschuß für Lehre)
 Berlin: Prof. Wagemann
 Karlsruhe, TU: Winzrieth (Zentrum für Information und Beratung)
 Essen: Majerzah-Sperling (Planung), J. Ziegler (Prorektorin)
 Coburg, FH: Dr. Bayer (Präsidentialstelle)
 Frankfurt, Uni: Jahnke (Dezernat für Studienangelegenheiten), Gies (Planung)
 Frankfurt, FH: Strohbach (Planung)
 München: Dr. Schöllmann (Rektorat)
 Rostock: Teichmann (Dezernat für Studium und Lehre)

2. **Vertreter/innen von Institutionen und Verbänden**
 - Wissenschaftsrat: Federkeil
 - Hochschul-Rektorenkonferenz: Hohenthal
 - Deutscher Hochschulverband: Blohm
 - Fakultätentag Medizin: Prof. Dr. Kemper
 - Fachtagung Medizin: Malzahn, Stosch
 - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: Jahnke
 - IGBSE-Bundesvorstand: Brondke
 - AGG Bonn: Ebus
 - Bundesverband liberaler Hochschulgruppen (LHG): Wuhler
 - RCDS-Bundesvorstand: Holle

3. **Experten aus Forschungseinrichtungen und -institutionen**
 - Prof. Dr. J. Gleich (FH Köln)
 - Dr. Griesbach, Dr. Schnitzer, Dr. Mink (HIS-Hannover)
 - Dr. Lischka, Dr. Aulerich (TU Berlin)
 - Schreyer (IAB, Nürnberg)
 - Dr. Preißer (Humboldt-Universität, Berlin)
 - Dr. Schindler (Bayer. Staatsinstitut, München)

4. **Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft**
 - Mittag (IV, A); Tschöpe(IV, A2); Steffens (IV, A2)
 - Eichmeyer (IV, A6); Klein (I, A1); Kühn (IV, B4); Lömker (IV, B1); Lühberg (IV, A2);
 Mohaupt (II, B2); Schiller (IV, A4); Schott (IV, A3); Trautewig (IV, A3)

5. **Wissenschaftlicher Beirat**
 - Prof. Dr. Oehler, Universität-GHS Kassel
 - Prof. Dr. Peisert, Universität Konstanz

6. **Arbeitsgruppe Hochschulforschung Konstanz**
 - Prof. Dr. Wiehn, Bargel, Ramm